

Hallo und Guten Tag Frau Ministerpräsidentin Schwesig , ich grüße Sie .

Die Planungsprojekte 40/16 und 42/18 des Westmecklenburgischen Planungsverbands stehen vor der unmittelbaren Genehmigung (Erörterung des StALU am 20.05 , endende Widerspruchsfrist gegen das geplante Bauprojekt beim Planungsverband am 04.05.d.J.). Dieses Planungsgebiet befindet sich in Randlage zum Naturpark Nossentiner/Schwinzer Heide und grenzt an das Natura 2000 sowie FFH-Schutzgebiet "Wälder bei Mestlin und Langenhägener Seewiesen" an , im Herbst Rast- und Sammelplatz von tausenden Kranichen und Naturschutzgebiet von GESAMTEUROPÄISCHEM Rang . Das gesamte Gebiet , in dessen Bereich das geplante Bauvorhaben liegt, ist als zentraler und großflächiger Flugkorridor für den Kranichbestand in Mecklenburg ausgewiesen (vgl. W. Mewes - Kraniche in MV Bd48/2014). Darüber hinaus ist es Flugrevier des Roten Milan , Seeadlers und anderer geschützter Vogelarten , 8 verschiedenen Fledermaus-Populationen sowie Flugkorridor für Wildgansarten und andere Zugvögel . Es ist ein touristisches Entwicklungsgebiet .

Sollte das Projekt genehmigt werden , entstehen in unmittelbarer Nähe zu den Gemeinden Sehlsdorf , Welzin , Grambow , Neu-Benthen und Brüz (vorerst) 8 244 m hohe (das entspricht der Fernsehturmhöhe in deutschen Großstädten) Windkrafträder mit einer Radiusfläche der Rotorblätter von ca. 2,5 Fußballfeldern internationalen Standards . Diese werden von den genannten Ortschaften gerade mal 1000 m , dem festgelegten Mindestabstand , entfernt sein , was eine unerträgliche Zumutung für die gesamte örtliche Bevölkerung darstellt .

Weder berücksichtigt der Planungsverband neuere wissenschaftliche Erkenntnisse zum Lärmschutz (Infraschall) und kann sich noch immer auf die 20 Jahre alte und längst überholte TA-Lärm berufen (obwohl Krankenkassen die Schädigung durch Infra-Schall längst anerkannt haben) , noch werden Naturschutz- , Landschaftsschutz- , Vogelschutz- und andere massive Beeinträchtigungen durch dieses Bauprojekt in ausreichendem Maß berücksichtigt . Ein vom Antragsteller (Wemag/UKA) in Auftrag gegebenes und bezahltes Umweltgutachten , im dem nur eine kurzfristig gemachte und saisonabhängige Vogelkartierung erfolgte , wird gegenüber bereits bestehenden Langzeitkartierungen übergewichtet . Einsprüche des NABU , BUND , Kranichschutzbund und des Landkreises verhalten offensichtlich wirkungslos , denn ansonsten hätte die Umsetzung der Projektplanung längst eingestellt werden müssen . - Zu viele gute Argumente sprechen dagegen

Wir Anwohner haben kein Verständnis dafür , dass vom Antragsteller bezahlte Gutachter und im Interesse des Antragstellers geschönte Gutachten als Grundlage für derartige Entscheidungen verwendet werden und fürchten , dass hier im Schnelldurchlauf Tatsachen zugunsten der WEA-Lobby geschaffen werden sollen , welche bereits kurz- und mittelfristig ganz erhebliche negative Folgen für die Schutzgüter Mensch , Landschaft und Natur haben werden . Über 1300 Unterschriften gegen das Bauvorhaben , die von der BI "Weitblick"

Sehlsdorf/Granzin in den direkt betroffenen Gemeinden innerhalb einer Woche gesammelt worden sind , sollten eine klare Ansage an die Politik sein , die derzeit geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für den WEA-Ausbau zu ändern und den Kommunen ein signifikantes Mitspracherecht bei der Planung einzuräumen : Schließen Sie sich der Bundesratsinitiative Brandenburgs im Bundesrat zur Novellierung/Abschaffung des § 35(1)5 BauGB an , der den WEA-Betreibern privilegiertes Bauen einräumt und kommunales Selbstbestimmungsrecht aushebelt .

Seitens der Antragsteller (Wemag/UKA im BlmSchG-Verfahren) und des Planungsverbands Westmecklenburg (Windeignungsgebiet) wird die Zerstörung des Landschaftsbilds , des Lebensraums unzähliger Tierarten , sowie die Vernichtung unserer Naherholungsbereiche vorsätzlich bzw. zumindest billigend in Kauf genommen . Fakten werden im UVP-Bericht "verbal-argumentativ" verharmlost und heruntergespielt , Landschaft im Planungsinteresse als minderwertig klassifiziert . Über lokal begrenzte Widerspruchsverfahren , bei denen die örtlich betroffenen Bürger EINZELN ihre Widersprüche verfassen und einreichen müssen - was gerade für ältere Menschen ein fast unmögliches Unterfangen ist - , wird der Widerstand gegen derartige Projekte vereinzelt und aufgespalten - mit der Folge , dass die Projekte ohne nennenswerten Widerstand "durchgewunken werden können , obwohl es örtlich breite Mehrheiten dagegen gibt . In diesem Zusammenhang ist der ursprüngliche Gedanke der "DEMOKRATIE" , nämlich die SUCHE NACH EINEM FÜR DIE ALLGEMEINHEIT TRAGFÄHIGEN KONSENS geradezu PERVERT IERT !!

Derartige Entscheidungen über die Köpfe der betroffenen Bevölkerung hinweg MÜSSEN geradezu zwangsläufig zu staatspolitischem Verdruss - bis hin zum ÜBERDRUSS - führen , und Sie bräuchten sich als exponierte Vertreterin einer der beiden Regierungsparteien nicht zu wundern , wenn die Wähler demnächst eine derart ignorante Politik abstrafen . DAFÜR TRAGEN SIE ALS POLITISCHE MANDATSTRÄGERIN EINE MITVERANTWORTUNG !

Der unkontrollierte WEA-Ausbau in ländlichen Gebieten ganz Mecklenburg-Vorpommerns nimmt mittlerweile verheerende Züge für die betroffenen Regionen an . Mit dem politisch motivierten Argument , den CO2-Ausstoß reduzieren zu wollen , werden in Mecklenburg-Vorpommern gezielt Regionen flächendeckend mit WEAs bestückt und der WEA-Ausbau auch noch weiter forciert , obwohl die Planungsziele der 4 Regionalverbände in MV längst übererfüllt sind .

Im Interesse der Windkraft-Lobby , die aus Steuergeldern hoch subventioniert wird , geht es bei diesem exzessiven WEA-Ausbau allerdings nur vordergründig um die Reduzierung von CO2-Emissionen , sondern vielmehr um das planmäßige Abgreifen von staatlichen Subventionen für die Privatwirtschaft . Dieser politisch erwünschte massive WEA-Ausbau ist sicherlich zumindest z.T. der zukünftigen Erwartung in die Entwicklung der Elektro-Mobilität geschuldet , deren fragwürdiger gesellschaftspolitischer Sinn sich allerdings erst noch beweisen muss . Denn trotz immer effektiveren Haushaltsgeräten und

Stromsparmechanismen wird in der Planung von immer weiter wachsendem Energiebedarf ausgegangen von Nachhaltigkeit keine Spur !! -
Konsequenterweise wäre es in diesem Sinn durchaus sinnvoll und pädagogisch auch angebracht , derartige "Windparks" in geeigneten Gebieten in unmittelbarer Autobahnnähe anzulegen . Denn zum einen ist dort die negative Umweltbelastung durch den Straßenverkehr bereits gegeben , zudem könnte eine Stromtrassenführung entlang der Autobahntrassen viel größeren ökologischen Schaden und politischen Ärger um geplante Trassenführungen durch die freie Natur und in unmittelbarer Nähe zu Dörfern und Siedlungen vermeiden (Beispiel : A24 von Wittenburg Ri. Hamburg) , zum anderen würde eine derartige zielgerichtete Planung jeden Autofahrer unmittelbar daran erinnern , woher er die Energie für seine individuelle Mobilität bezieht

Die NACHHALTIGE Reduzierung von CO2-Emissionen und die Haftung deren maßgeblichen (privatwirtschaftlichen) Produzenten steht nicht einmal ansatzweise zur politischen Diskussion (Tempolimit für Kfz , angemessene Emissionsvorschriften und Besteuerung für (Kreuz)Schiffahrt und Flugverkehr , international VERBINDLICHE Verträge zur weltweiten CO2-Reduktion, sei es EU- oder weltweit etc.) - Im Gegenteil , selbst auf nationaler Ebene vertagt sich die von der Regierung eingesetzte Verkehrskommission einmal mehr ergebnislos - und ein Verkehrsminister setzt alles daran , jegliche politische Initiativen zur CO2-Reduzierung , die gegen die Interessen des VDA sind , zu blockieren
Möglicherweise erreichbare Lösungen gehen nicht über den aktuellen tagespolitischen Horizont hinausNachhaltigkeit - Fehlanzeige !

In diversen deutschen Großstädten verfügte "Durchfahrtsverbote" für Dieselfahrzeuge entpuppen sich als reine Augenwischerei , die in keinsten Weise zu einer CO2-Reduktion führt und die generelle Feinstaub-Belastung , die ja auch durch den Reifenabrieb bei ALLEN Fahrzeugen entsteht , nur breitflächiger verteilt . - Keine deutsche Großstadt wagt wirklich ein neues Verkehrskonzept , das den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zur Voraussetzung hat , wie es Weltstädte wie London , in absehbarer Zeit auch Paris oder das kleine Luxemburg vormachen .

Ihr Wirtschaftsminister , Herr Pegel , scheint ja von den "wunderbaren" Ideen der Energiewende und der Windkraft-Lobby geradezu angesteckt worden zu sein

Nur sollten Sie ihn vielleicht einmal in einem vertraulichen Gespräch darauf hinweisen , dass für diese energiepolitische Ausrichtung , so wie sie derzeit umgesetzt wird , wir Anwohner dieser "Windparks" und die Natur Mecklenburg-Vorpommerns den Preis bezahlen müssen . - Und am Ende der "Wertschöpfungskette" stehen bei weitem nicht die Einwohner unseres Bundeslands als Nutznießer da , sondern privatwirtschaftliche und kommunale Anteilseigner (sprich: Aktionäre) aus der gesamten Republik , vielfach aus Bundesländern , in denen eine derart massive Ausrichtung auf die Windenergie politisch schwerlich umsetzbar wäre - weil die Widerstände dagegen nur

schwer zu überwinden wären Mecklenburg-Vorpommern als Energie-Generator der Republik ?! - Zu wessen Lasten !! -

Viele Menschen haben mittlerweile verstanden , dass "Windparks" weder grundlastfähig noch bedarfsgerecht sind . Schattenkraftwerke laufen subventioniert parallel weiter , was langfristig zusätzlich CO2 produziert . Fehlende Trassen und Speichermöglichkeiten sind weitere Kritikpunkte . Neueste Studien ergeben , dass sich Windparks gegenseitig ausbremsenHier gibt es eine Unmenge ungelöste Probleme und jede Menge Klärungsbedarf !! - Eine jüngst veröffentlichte Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) beispielsweise beziffert die Zahl der durch WEAs getöteten Fluginsekten während der warmen Jahreszeit auf 5,3 Milliarden - pro Tag !! - Trotz möglicher empirischer Schwächen dieser Studie , zeigt diese doch ein grundsätzlich neues Dilemma auf , das bei der politischen Entscheidung zugunsten der WEAs nicht einmal angedacht wurde

Sinnvoll kann deshalb nur ein MORATORIUM sein , um die Sinnhaftigkeit und die Auswirkungen des WEA-Ausbaus grundsätzlich zu klären. - Die höhenunabhängige Festlegung von WEAs zu Ortschaften von 1000 m ist sowieso eine absolute Zumutung für die betroffenen Anwohner und bedarf angesichts immer höher geplanten WEAs mit immer größerem Flügelradius mit den entsprechenden gesundheitlichen Folgelasten für die Anwohner zwingend einer legislativen Korrektur , und zwar **s o f o r t !**

Hier muss von Seiten der politischen Mandatsträger schnellstens und dringend interveniert werden , um langfristige Schäden abzuwenden . Denn sonst werden Sie den politischen Rattenfängern in dieser Republik das Terrain für ein immer weiter wachsendes Unzufriedenheitspotential überlassen . Und für die politischen Folgen einer solchen Entwicklung tragen auch Sie eine Mitverantwortung

Hier im Dorf sind viele , gerade ältere Nachbarn , der Ansicht : ".... Die machen sowieso , was sie wollen ! Wir sind denen doch egal !" - Und folgt man den ökonomischen Ratschlägen von Prof. Gropp vom IWH (Institut für Wirtschaft , Halle) zur wirtschaftlichen Rentabilität der ländlichen Gebiete in Osten Deutschlands (Kernaussage : Ausschließlich ökonomisch rentable Ballungszentren fördern), so lässt sich diese Einschätzung nicht von der Hand weisen , so absurd sie auch klingen mag : Subventionen zusammenstreichen - abhängen - entvölkern

Nicht zuletzt muss man sich folglich davor fürchten , wie sich all diese frustrierten und abgehangenen Menschen demnächst an der Wahlurne entscheiden werden

In Artikel 20a des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland heißt es : "Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der

verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung "

Auf die Umsetzung dieses Paragraphen würde ich Sie gerne verpflichten !!

Denn wenn dieses Projekt umgesetzt wird , ist wieder ein Stück "Land zum Leben" zerstört , geschützten Arten wird ihr Lebensraum entzogen , sofern sie nicht direkt von den Rotorblättern der WEAs getötet werden , Anwohner werden den ökonomischen Ratschlägen von Herrn Prof. Gropp (IWH) folgen und , falls es ihre wirtschaftliche Situation erlaubt , abwandern . Der breite Aufschwung , den die Tourismusbranche potentiell mit sich bringt , wird an dieser Industrie-Brache vorbeiziehen nach Rügen und in andere attraktive Gegenden , in der keine Windräder stehen

Daher bitte ich Sie als tief besorgter Bürger um Ihre politische Unterstützung und Verabschiedung eines diesbezüglichen Moratoriums bis zur grundsätzlichen Klärung zu wesentlichen Fragen , die mit dem weiteren Ausbau der Windenergie zusammenhängen .

In der PDF-Anlage finden Sie diesen "Offenen Brief" an Sie mit der Aufforderung zu einem Moratorium , den ich gleichzeitig sowohl an andere Mandatsträger , als auch mit dem Thema involvierte Organisationen und Medienvertreter weiterreichen werde , sowie eine Graphik zum Größenvergleich des geplanten Bauvorhabens , damit Sie überhaupt einmal optisch begreifen können , was der örtlichen Bevölkerung von den Antragstellern (Wemag/UKA) im Verbund mit dem Westmecklenburgischen Planungsverband zugemutet wird . Als weitere Anlage den Appell dreier Bürgermeister aus dem Planungsverband Vorpommern , den Sie ja eigentlich schon kennen sollten

Es gibt viel zu tun frisch gestärkt mit dem gestrigen Vertrauens-Votum Ihrer Partei : Packen Sie es an !!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
mit Grüßen aus dem (noch) schönen Mecklenburg und im Interesse sehr vieler Betroffener in ganz MV

Bernhard Koch